

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Fernspreispis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quist  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 3800.

Anzeigengebühr für die sechsgepaltene Kolonelleiste:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Gewerkschaften und Arbeitszeit

Es ist eine alte Geschichte, daß die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung in Dingen, die die Arbeiterschaft angehen, durch sachliche Gründe nicht zu überzeugen ist. Sie glaubt anscheinend, sich nicht überzeugen lassen zu dürfen, selbst wenn die Richtigkeit dieser Gründe durch vielfache Erfahrungen bestätigt ist. Das zeigt sich aufs neue in einem Aufsatz über Gewerkschaften und Arbeitszeit, der in Nr. 27 des genannten Blattes erschienen ist. Der Aufsatz beginnt mit dem Hinweis auf eine Aeußerung des friedensfreundlichen englischen Oberhausmitgliedes Lord Buxton, wonach der wirkliche Sieger in diesem Kriege erst nach zehn oder zwanzig Jahren zu erkennen sein werde. Es werde „die Nation Sieger sein, der es gelingt, der wachsenden Unzufriedenheit zu begegnen, die drohende Hungersnot abzuwenden und das Volk vor den furchterlichen Folgen des allgemeinen Bankrotts zu retten, dem sich Europa mit wachsender Geschwindigkeit nähert“. Die Arbeitgeber-Zeitung meint dazu, es lasse sich nicht leugnen, daß in diesen Worten sehr viel Wahres liege und fügt hinzu: „Gerade die deutschen Arbeiter sollten sich dies merken!“ Soweit hat das Unternehmerblatt ohne Zweifel recht. Wir fügen hinzu, daß die deutschen Arbeiter es sich gerne merken werden. Allerdings werden die Folgerungen, die die deutschen Arbeiter daraus ziehen, mit denen der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung nicht immer übereinstimmen.

In seinen weiteren Ausführungen malt das genannte Blatt weiter aus, daß Deutschland große Anstrengungen machen müsse, um eine gleiche Stellung auf dem Weltmarkt wiederzuerlangen, wie es vor dem Kriege hatte. Da gebe es keine andere Wahl, als diese Einbuße auszugleichen durch eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit, mit der dann eine Erhöhung der Erzeugung gleichen Schritt halten werde. Das gelte natürlich nicht nur von dem Arbeiter, sondern in gleichem Maße auch von den führenden Personen, von allen Angestellten, vom ersten Direktor bis zum letzten Arbeiter des Betriebes. Darauf ist zu erwidern, daß die weit überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft während des Krieges durch Wort und Tat ihre Bereitwilligkeit gezeigt hat, Deutschland vor einer Niederlage zu bewahren, obgleich sie vielfach eine Behandlung erfährt, die ihr diese Bereitwilligkeit verleben kann. Gerade in den letzten Wochen haben sich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Kundgebungen ereignet, die in geradezu rührender Weise selbst in der jetzigen schweren Zeit diese Gesinnung aufs neue bekräftigen, trotzdem gerade dort die Behandlung durch Unternehmer und Behörden mitunter geeignet sind, den Arbeitern solche Bestrebungen zu vereiteln. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß, soviel an der Arbeiterschaft selber liegt, diese eine solche Gesinnung auch nach dem Friedensschluß beibehalten wird, gerade so, wie sie es schon vor dem Kriege getan hat. Wenn dies letztere nicht der Fall gewesen wäre, so hätte Deutschland seine hervorragende Stellung auf dem Weltmarkt nie erlangen können, denn wenn keine geschickten und willigen Arbeiter vorhanden sind, so können die besten Betriebsleiter und Ingenieure auch nichts fertigbringen.

Die Hoffnung, daß der Kapitalismus bald abgewirtschaftet haben werde, hat sich bekanntlich als trügerisch erwiesen. Man kann das bedauern. Falls wäre es aber, wenn man die Hände in den Schoß legen oder sich der Weiterentwicklung des Kapitalismus entgegenstellen wollte. Solche Bestrebungen könnten leicht das Gegenteil von dem bewirken, was man damit beabsichtigt. Unwiderlegt ist immer noch die Ansicht, daß der Kapitalismus erst seinen Höhepunkt erreicht haben müsse, wenn er vom Sozialismus abgelöst werden soll. Früher bestanden nur in bezug auf den Grad der Höhe, den der Kapitalismus erreicht haben muß. Unter diesen Umständen muß sich auch die deutsche organisierte Arbeiterschaft damit abfinden, daß zunächst die Steigerung der deutschen Warenzeugung notwendig sei. Dagegen kann auch die Arbeitgeber-Zeitung nichts einwenden. Eins paßt ihr aber nicht und das ist folgendes:

Nur ein Teil der Gewerkschaftspresse will der Arbeiterschaft einreden, die erste Erzeugung des Krieges müßte, wenn die Produktion gesteigert werden müsse, in einer Verkürzung der Arbeitszeit bestehen. So sagt selbst das Korrespondenzblatt (Nr. 25) in einem Aufsatz über das „Problem der Arbeitszeit“: Die Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter ist von mancherlei beruflichen Voraussetzungen und Rücksichten abhängig, die eine einheitliche Regelung, nach Art eines Normalarbeitstages, erschweren. Eine maximale Begrenzung der Arbeitsdauer ist aber für jeden Beruf oder Erwerbszweig möglich und mit Rücksicht auf die Arbeitergesundheit geboten. Eine solche Regelung ist daher von der Gesetzgebung zu fordern und, solange diese mit dem gesetzlichen Maximalarbeitszeit im Verzug bleibt, durch die Gewerkschaften mit der ihnen zur Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen und durch Tarifverträge zu festigen.“

Diese Ausführungen sind aus einem sehr lehrreichen Aufsatz über die Arbeitszeit nach dem Kriege gerissen. Im Zusammenhang gewinnen sie noch stärkeren Nachdruck. Aber seit dem — auch so, wie die Arbeitgeber-Zeitung sie gebraucht hat, wird sich jeder organisierte Arbeiter gerne mit ihnen einverstanden erklären. Die Arbeitgeber-Zeitung hätte gerne schreiben dürfen, daß die gesamte Gewerkschaftspresse der Arbeiterschaft einreden wolle usw. Uns ist nämlich noch kein Gewerkschaftsblatt bekannt geworden, das auf einem entgegengegesetzten Standpunkte steht. Das Korrespondenzblatt schließt seine Ausführungen in Nr. 25 mit der erneuten Forderung des Achtstundentages als Kampfsziel, dem alle Kräfte ohne Unterschied zustreben sollten. Das ist eine Forderung auf dem Gebiete der Arbeitszeit, die für viele Arbeiter bekanntlich schon erfüllt ist. Wenn auch der Krieg die Folge hatte, daß der Achtstundentag wohl für die Mehrheit der Arbeiter, die ihn schon erlangen hatten, nur noch auf dem Papier steht, so darf man doch mit Sicherheit annehmen, daß er nach dem Kriege so ziemlich wieder in sein altes Recht treten wird. Die Mehrheit der gesamten deutschen Arbeiterschaft wird den Achtstundentag aber auch dann nicht ohne weiteres erhalten und darauf angewiesen sein, ihn zu erzwingen und wenn es nicht anders geht, mit allen erfolgversprechenden Mitteln zu erkämpfen. Damit sind natürlich noch nicht alle Arbeiterforderungen

erfüllt, aber immerhin ist der Achtstundentag eine gute Abschlagszahlung. Das alles geht der Arbeitgeber-Zeitung natürlich gegen den Strich: Sie sagt:

Man fragt sich unwillkürlich, wie das Deutschland, dessen Wirtschaftsleben nach dem Kriege vielfach von vorn anfangen muß, sich einer solchen Luxus der Arbeitszeitverkürzung leisten kann. Der Krieg hat ungeahnte Kräfte des deutschen Volkes geweckt und zur Entfaltung gebracht. Dasselbe Volk, das der halben Welt getrotzt und sich, wie selbst ein bekannter Sozialdemokrat hat zugeben müssen, als die stärkste Potenz in diesem Völkerringen erwies, hat, das sollte nach dem Kriege gewillt sein, seine Arbeitskraft nicht vollständig auszunutzen! Selbst wenn dieses Volk es fertig brächte, seine ihm von Natur aus gegebene und in harter Friedensarbeit und Kriegsdiziplin gestählte Arbeitskraft brachliegen oder verkommen zu lassen, die harte Notwendigkeit wird es von selbst darauf führen, alle Kräfte anzupumpen, um die frühere Stellung auf dem Weltmarkt wieder zu erobern!“

In diesem Tone geht es dann noch eine Weile weiter. Wir werden noch darauf zurückkommen. Dann aber heißt es noch ferner:

„Deutschland ist, das werden auch die deutschen Gewerkschaftsführer zugeben müssen, auf dem Gebiete der Sozialpolitik das am meisten fortgeschrittene Land, treten doch die Gewerkschaftsführer selber dafür ein, daß in den kommenden Friedensverträgen Bestimmungen über einen Ausgleich sozialpolitischer Lasten aufgenommen werden! Man warte freilich erst einmal ab, ob unsere Feinde sich wirklich dazu entschließen können, wir zweifeln vorläufig noch daran, würden es aber aufs freudigste begrüßen, wenn es dazu käme, daß der von Deutschland in der Sozialpolitik zuerst betretene Weg auch von den anderen Nationen beschritten würde.“

Et, ei, weshalb denn auf einmal so Meinmütigkeit? Die Herren von der Schwerindustrie, die Gesinnungsgenossen der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung, treten für nicht zu knappe Annektionen ein, sie entfallen dafür eine Werbetätigkeit, die nicht wenig kostet. (Wir werden demnächst eine Probe davon zeigen.) Daneben verlangen sie von Deutschlands Kriegsgegnern noch eine unheimlich hohe Kriegsentschädigung, und um das alles hereinzubringen, soll nach ihrem Willen der Krieg solange geführt werden, bis unsere Gegner sich dazu willig zeigen, ohne Rücksicht auf die Opfer an Blut und Gut, die das auf jeden Fall noch kosten wird. Die deutsche Arbeiterschaft denkt anders. Sie will, wie schon oft gesagt, keine fremden Gebiete; sie weiß, daß die anderen Länder schwer genug mit Kriegsschulden belastet sind und will deshalb, daß Deutschland auf Kriegsentschädigungen verzichte; sie stimmt aber auch den von den Gewerkschaftsvertretern erhobenen Friedensforderungen auf dem Gebiete des internationalen Arbeiterschutzes zu, weil sie will, daß der Weltlauf der Industrien der verschiedenen Länder nach Friedensschluß nicht auf Kosten und zum Schaden der Arbeiterschaft ausgeführt werde. (Es würde zu weit führen, an dieser Stelle nochmals auf die einzelnen Forderungen einzugehen. Leser, die sie noch nicht kennen, müssen wir auf die Nr. 23 des vorigen Jahrgangs verweisen.) Die deutsche Arbeiterschaft ist ferner der Meinung, daß internationale Arbeiterschutzbestimmungen im Friedensvertrage leichter durchzusetzen sein werden als Annektionen und hohe Kriegsentschädigungen. Wenn es ferner zuträfen sollte, daß eine Verstärkung des Arbeiterschutzes die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie eines Landes schwächt, und wenn Deutschland das auf diesem Gebiete am weitesten vorgeschrittene Land ist, so sollte man meinen, daß auch die deutschen Unternehmer gut und gern einer solchen Friedensbedingung zustimmen könnten, und daß es schon der Mühe wert ist, mit größerem Nachdruck auf ihre Verwirklichung zu dringen als bisher geschehen ist. Allerdings ist das eine Forderung, von der die Arbeiterschaft den größten Vorteil hat und es ist bezeichnend für die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, daß sie es jetzt plötzlich für notwendig hält, abzuwehren. Sie meint:

Vorläufig ist aber bis dahin noch ein weiter Weg! Wer das gesteckte Ziel, falls es wirklich ernst gemeint ist, erreichen will, der darf den Weg bis dahin nicht verperren mit solchen Forderungen wie dem Achtstundentag. Hat doch das Korrespondenzblatt (Nr. 20) selbst anerkannt, daß eine Steigerung der Produktion unbedingt notwendig ist.“

Man sind doch bekanntlich schon sehr viele Versuche mit dem Achtstundentag gemacht worden und durchweg haben sie das Ergebnis gehabt, daß die Arbeitsleistung nicht nur nicht zurückgegangen, sondern eher noch gestiegen ist. Die Arbeiterschaft hatte die Forderung nach dem Achtstundentag ursprünglich erhoben, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, um mehr Arbeitslose wieder in Arbeit zu bringen. Zu einem solchen Mittel hat der Achtstundentag sich — höchstens von Ausnahmen abgesehen — als untauglich erwiesen. Wohl aber hat sich gezeigt, daß der Achtstundentag eine sehr wohlthätige Wirkung auf die Arbeiterschaft ausübt. All dies ist ja schon so oft in der Metallarbeiter-Zeitung auseinandergesetzt worden, daß es wirklich nicht nötig sein sollte, dies noch zu wiederholen. Auch der Arbeitgeber-Zeitung ist es wohlbekannt. Das hält sie aber nicht ab, zu behaupten:

„Die deutsche Unternehmerschaft beschuldigt auch wahrlich nicht, die notwendigen Anstrengungen einseitig auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, vielmehr müssen alle davon betroffen werden. Ebensovienig denkt die deutsche Unternehmerschaft daran, die notwendigen Maßnahmen auf Kosten der Arbeitergesundheit in die Wege zu leiten. Beide Teile, Arbeitgeber und Arbeiter, müssen, wenn Deutschland seine frühere Stellung wiedererobern will, ihr Bestes dazu hergeben, um das deutsche Wirtschaftsleben wieder aufzubauen. Für jeden, der im praktischen Leben steht, ist es klar, daß die Einführung des Achtstundentages und der Wegfall von Ueberstunden eine Verringerung der Produktion bedeutet, die nicht mehr eingeholt ist. Die ganze Welt ist in bezug auf Produktion, die der Mensch zum täglichen Leben braucht, ausgehungert, und dieser Hunger kann nur gestillt werden, wenn die Arbeitsleistung erhöht wird. Es soll gewiß keine Ausnahme für die Arbeiterschaft gemacht werden, alle übrigen Bevölkerungsklassen trifft diese harte Notwendigkeit im gleichen Maße. Die Gewerkschaftsführer sollten bedenken, daß die Uebergangszeit und die Friedenswirtschaft eine ganz andere sein wird als die jetzige Kriegswirtschaft. Jetzt ist immer noch der Krieg der große Auftraggeber, der unsere Industrie gut beschäftigt und der Arbeiterschaft gute Löhne abwirft. Was soll aber werden, wenn dieser größte Auftraggeber, den die Wirtschaftsgeschichte aller Länder kennt, plötzlich seine

Menschheit vor dem Kriege hatte, wieder aufwachen, und es werden wieder Gegenstände hergestellt, die der Krieg verschwinden ließ, gewiß wird dann auch der uns heute feindliche Kaufmann diese Gegenstände da kaufen, wo er sie am besten und billigsten erhält. Aber die Nation wird den Vorrang haben, die ihre Produktion auf die Stufe der höchsten Leistungsfähigkeit bringt.“

Sehr richtig. Aber nicht die Nation mit der längsten Arbeitszeit wird die leistungsfähigste sein. Und das ist gerade das, was die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung nicht begreifen kann oder will. Wir zweifeln auch nicht daran, daß der einzelne deutsche Unternehmer durchaus nicht mit Wissen und Willen darauf ausgeht, durch die Forderung übermäßiger Arbeitsleistung und überlanger Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter zu untergraben. Aber heutzutage herrscht der Kapitalismus und der beruht eben auf der Ausbeutung der Arbeiterschaft durch die Unternehmer. Wenn der Unternehmer seine Stellung behaupten will, so muß er die Arbeiter ausbeuten. Diese Ausbeutung ist heutzutage immer vorhanden; Unterschiede bestehen nur im Grade der Ausbeutung, der der Arbeiterschaft das Arbeitsverhältnis mehr oder minder erträglich erscheinen läßt. Das wird auch nach dem Kriege vorläufig so bleiben.

Für die Arbeiterschaft ist es aber durchaus nicht einerlei, in welchem Maße oder wie lange sie vom Kapital ausgebeutet wird. In früheren Jahrhunderten war der Kulturstand der bestehenden Klasse maßgebend für den Kulturstand des ganzen Volkes. Das ist jetzt anders geworden. Wenn es sich heutzutage darum handelt, die Kulturhöhe eines Volkes zu beurteilen, so wird man sich nicht mehr nach der mehr oder minder auf die Spitze getriebenen Ueberkultur der Besten richten können, sondern nach dem Grade der Bildung und der Ausstattung der breiten Masse des Volkes. Wir wollen durchaus nicht behaupten, daß das deutsche Volk und besonders die organisierte Arbeiterschaft in Deutschland schon die wünschenswerte Kulturhöhe erreicht haben. Vergleicht man sie aber mit der anderer Länder, so brauchen sich beide nicht zu schämen. Diese Kulturhöhe nicht nur zu erhalten, sondern sie noch zu steigern, ist Wunsch und Wille des arbeitenden Volkes. Dazu braucht es aber erträgliche Lohn- und Arbeitsbedingungen, bessere als jetzt noch vielfach vorhanden sind. Die deutsche Arbeiterschaft will arbeiten, um zu leben, aber nicht leben, um nur zu arbeiten. Sie will nicht länger nur der Kulturdünge der verhältnismäßig kleinen bestehenden Klasse sein. Mit dieser Forderung werden die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung und ihre Gesinnungsgenossen sich wohl oder übel abfinden müssen.

### Metallarbeiterforderungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet

Zu einer äußerst eindrucksvollen Kundgebung gestellte sich am 30. Juni die von der gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft der Metallarbeiterorganisationen des Industriegebietes nach Essen einberufene Vertrauensmännerversammlung. Aus fast allen größeren Industriezentren waren Vertreter erschienen, so daß den großen Städtischen Saalbau mehr als 3000 Personen füllten.

Der Bezirksleiter Wallbrecht vom Deutschen Metallarbeiter-Verband begrüßte zunächst die Versammelten und die erschienenen Vertreter der Behörden. Neben Regierungs- und Gewerbeträgern waren Landratsämter- und Städtevertreter erschienen. Für die Stadt Essen der Weigerstraße Nr. 14. Das Kriegsernährungsamt war, wie aus einer Zuschrift des Staatssekretärs v. Waldow hervorging, durch einen Herrn der Düsseldorf Regierung vertreten. Wegen Mangel an Herren hatten sich entschuldigen lassen das stellvertretende General-Kommando in Münster und das Kaiserliche Kriegsamt. (Aufs: Die wollten mit uns nichts zu tun haben.)

Das einleitende Referat hatte der Bezirksleiter Girtler vom Christlichen Metallarbeiter-Verband. Der Redner wies auf die Ernährungschwierigkeiten und die mangelhafte Organisation der Lebensmittelverteilung hin. In Anbetracht der Unterernährung müsse eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Die Industriellen unseres Bezirks seien gegen jeden Fortschritt auf diesem Gebiete. Wenn man sich darüber in Arbeiterkreisen auch nicht wundere, so müßte aber von den Behörden mehr Einsicht und vor allem Dingen müßte von den höheren amtlichen Stellen durchgreifende Maßnahmen für den erforderlichen Arbeiterschutz erwartet werden.

Volkmann (Wülfrath) erörterte die in der Großindustrie gezahlten Löhne und gestörte das Mischen von den Ministerehalten der Arbeiter. Verdienste von 5,40 bis 10,80 M für ungelernete und 0,90 bis 1,25 M Stundenlohn für Facharbeiter seien die Regel. Auch die Feuerarbeiter, die bei schwerer aufreibender Beschäftigung einen Verdienst von 9,60 bis 12,50 M in 12stündiger Schicht verdienen, befänden sich bei den teuren Warenpreisen in bitterer Not. Redner verlangte von den Behörden bei Austragung der Interessengegenstände die Beobachtung strengster Neutralität.

Commerzien (Oberhausen, S.-D.) bedauerte, daß fast der vielen Versprechungen, die bezüglich der Verkürzung gemacht wurden, Kürzungen der Rationen eingetreten sind. Die Arbeiter glauben nichts mehr.

Schöck (Camborn, Ebrill) ging auf die mangelhafte Versorgung der Arbeiter mit Kleidung ein. Wohlgeleitete Wäschebänder hätten die Gültigen nicht. Dem Redner mit Ätzigen und Klatschen trat der Redner entgegen. Wir sind nicht mehr das Volk von 1914. Entbehrungen und Verluste an teuren Warenbesitzen sind von größter Wirkung auf die Volkstimmung gewesen.

Novak (Dorrmund, D. R. V.): Wir haben den Willen zur Arbeit. Uns fehlt aber die Kraft. Auch die Jugend leidet daran. Scheer (Düsseldorf) und Gradender (Essen) zeigten an der großen Steigerung der Krankheitsfälle und der Krankheitsdauer, wie notwendig die Arbeitszeitverkürzung ist. Deren Durchführung sei mehr wert als eine Lohszulage. Es müsse mehr Konsumökonomie getrieben werden.

Giebel (Bezirksleiter S.-D.): Die Metallarbeiterorganisationen haben alles getan, um die Wünsche der Arbeiter vor den maßgebenden Behörden zu vertreten. Auf die kritische Stimmung und auf den Ernst der Situation sei wiederholt hingewiesen worden. Ansehend werden die Unternehmer mit ihren „wobimeinenden“ Rathschlägen auf die amtlichen Stellen ein. Die Organisationen müßten bei dieser Sachlage jede Verantwortung für die Folgen ablehnen.

Daltjoun (Witten, D. R. V.): Der freie Samstagnachmittag muß und wird unter allen Umständen kommen. Versuche,



Heilbronn und Umgebung. Am 30. Juni tagte die Generalversammlung vom 2. Vierteljahr 1918. Kollege Dapler erläuterte den Passenbericht, dem wir folgendes entnehmen: Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 11 093,10 M. Die Ausgaben 9118,87 M. In die Hauptkasse wurden gesandt 5000 M. Die Gesamtkasse schloß in Einnahme und Ausgabe ab mit 14 584,90 M. Ihr Bestand ist um über 1100 M. gestiegen. Aus dem Kriegshilfsfond wurden 42 M. Unterstufungen bezahlt. Am Schlusse des 1. Vierteljahres waren 1182 männliche und 268 weibliche Mitglieder vorhanden, zusammen 1450, am Schlusse des 2. Vierteljahres 1279 männliche, 231 weibliche, zusammen 1510. Von den 290 Abgegangenen sind 170 Kollegen zum Militär eingezogen. In Aufnahmen wurden 243 gegen 185 im 1. Vierteljahr gemacht. — Anschließend an den Passenbericht gab Kollege Dapler den Geschäftsbericht und betonte einleitend, daß die Bewegungen eine Fülle von Arbeit gebracht hätten. Sie hätten zum Teil recht gute Erfolge, wenn auch die Ergebnisse durchaus nicht einer völligen Ausgleich der gegenwärtig gestiegenen Lebenshaltung bieten. Noch nicht erledigt sind 7 Bewegungen. Die Vorherrscher der Arbeiterausschüsse nahmen an dem vom Kriegsministerium in Stuttgart veranstalteten Kurs am 15. bis 16. April teil. Wähler zum Arbeiterausschuß wurden bei der Firma C. S. Knorr ernannt. Zur Erledigung der Bewegungen und sonstiger Differenzen waren 78 Betriebs-, Abteilungs- und sonstige Versammlungen notwendig. Nicht eingerechnet in diese Zahlen sind die Sitzungen, die der Geschäftsführer in seiner Eigenschaft als Gemeindevorstand und stellvertretendes Bezirksratsmitglied und in der Kriegshilfe anwesend sein mußte. Eine ganze Reihe von Verhandlungen mit Unternehmern und dem Schlichtungsausschuß machten diese Bewegungen notwendig. — Eine Aussprache zu den Berichten wurde nicht beliebt. Kollegen Bender und Schweizerhof machten nur ergänzende Bemerkungen. Zu Punkt 2, Zukunftsfragen für die organisierten Metallarbeiter, machte Kollege Ziegler einige Ausführungen. Er wies auf die bestehende Lage hin und zersplitzte das Märchen von den angeblich „hohen Löhnen“ der Müstungsarbeiter, besprach die Entwicklung des Kapitals während der Kriegszeit, die Uebergangsperiode und wie die Arbeiterklasse den kommenden Zeiten gerüstet entgegengehen soll. Große Kämpfe werden nicht ausbleiben und nur durch festgesetzte Organisation wird die Arbeiterschaft sich behaupten können. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Scholterer, Reiser, Wohl und Heber, die zum Teil recht scharf die eingetragene Bauheit und Interessenslosigkeit der Kollegen kritisierten. — Mit der Aufforderung an die Kollegen, auch in Zukunft der Organisation gegenüber die volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun, schloß Kollege Dapler die Versammlung.

Schwerin. Ueber das Arbeitskammergesetz sprach am 20. Juni der Kollege Mohrlach, Leiter des 1. Bezirks, in der Monatsversammlung. Neben verhandelt es in trefflicher Weise, den Kollegen den Unterschied zwischen der Regierungsvorlage und dem von den Vertretern der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Entwurf des Gesetzes klar zu machen. Er wies unter anderem darauf hin, daß das Gesetz, falls die von den Gewerkschaften geforderte territoriale Gliederung durch die von der Regierung geplante sachliche ersetzt wird, die Einrichtung der Arbeitskammern für die Arbeiter durchaus keinen Fortschritt bedeutet, der Wert der ganzen, ursprünglich als soziale Einrichtung gedachten Sache hinsichtlich würde. Unter diesen Umständen müßte ein anderer Vertreter im Reichstage dem Gesetz ganz entschieden ihre Zustimmung verweigern. — In der Aussprache, die sich dem sehr lehrreichen, mit großer Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage anschloß, bemerkten mehrere Kollegen, daß sie dem Arbeitskammergesetz, möge es ausfallen wie es wolle, nicht mehr Vertrauen als allen anderen, sogenannten Arbeiterschutz- oder Wohlfahrtsgesetzen entgegenbringen würden. Von der Regierung habe die Arbeiterschaft noch nie etwas Gutes zu erwarten gehabt, und alle Verordnungen, Maßnahmen und Gesetze, welche angeblich zum Besten der Arbeiterschaft gemacht worden seien, hätten sich in ihrer Wirkung schließlich als weiter nichts als Verhöhnungsspiele erwiesen. Von den Unternehmern seien sie aber wunderbar zu ihrem Vorteil ausgenutzt worden, das zeige musterhaft das Hilfsdienstgesetz. Die Gewerkschaftsbeamten und Parteiführer täten besser, all diesen Gesetzen ihre Mitarbeit zu verweigern; sie ließen nur Verletzung der Kräfte zum Schanden der Arbeiter. Weiter sollten sie für den inneren Ausbau der Verbände Sorge tragen und der Einheitsorganisation, welche mit Notwendigkeit kommen müsse, die Wege ebnen. Nur so könnten die Leiter des Vertrauens der Mitglieder wiedergewinnen. Einige Kollegen traten für die Vorstandsposition ein und äußerten sich dahin, daß ihrer Meinung nach das Gesetz, falls es nach dem Wunsche der Gewerkschaften ausfiele, immerhin ein Fortschritt bedeute und man nehmen solle was zu bekommen sei. Die Mehrzahl der Redner jedoch war der Ansicht, der beste Arbeiterschutz sei eine straffe, von freiwirtschaftlichem und demokratischem Geiste und vom Vertrauen aller Mitglieder getragene Organisation. Wenn wir dafür unsere Kraft einsetzen würden, sei mehr gewonnen als durch die Mitarbeit an allen Gesetzen und Verordnungen. Scharf wurde im weiteren die Vorstands- und Beamtenarbeit, welche durchaus nicht der Ausfluß des Willens der Mitglieder sei, getadelt und die Kollegen zu reger Opposition aufgefordert.

# Rundschau

## Reichstag.

Nach einer längeren Pause, die den drängenden Arbeiten in den Ausschüssen gewidmet war, trat der Reichstag am Mittwoch, dem 3. Juli, wieder zur Vollberatung zusammen, um die dritte Lesung des Etats zu beginnen. Die „Ueberrafung“ bildete dabei die Ankündigung des Abgeordneten Scheidemann, daß die sozialdemokratische Fraktion, die im Jahre 1916 dem Etat — der damals mit den Kriegskrediten verbunden war — zugestimmt hatte, ihn diesmal wieder ablehnen werde. Als maßgebende Gründe ließ die Fraktion namentlich die Tätigkeit der noch immer auf Grund des Belagerungsgesetzes im Lande waltenden Militärbehörden, nämlich der Stellvertretenden Generalkommandos, angeben. Bei der Uebernahme seines Amtes im Herbst 1917 hat zwar der Reichskanzler Graf Hertling ausdrücklich versprochen, auf diesem schmerzlichen Gebiet Wandel zu schaffen; aber er hat entweder das Versprechen leicht genommen oder sich nicht durchzusetzen vermocht. In jedem Falle darf er sich nicht wundern, daß das Vertrauen zu seiner Regierung dadurch einen schweren Stoß erlitten hat. „Es ist Krieg“ — diese Begründung spielt im Gespräch des täglichen Lebens wie in der politischen Erörterung gleichermaßen eine große Rolle; aber man darf nicht übelnehmen, daß auf uns lastet und werden es weiter tragen, solange sie die Ueberzeugung hegen können, daß wir unserer Verteidigung wegen kämpfen. Jederzeit zum ehrenvollen und unsere Zukunft sichernden Frieden bereit sind und nur wegen des ungebrochenen Vernichtungswillens der Feinde noch den Krieg fortsetzen müssen; solange sie ferner überzeugt sein dürfen, daß keine unnötigen Leiden der Bevölkerung auferlegt werden, und daß jedermann, namentlich aber jede zivile und militärische Behörde sich streng im Rahmen ihrer Befugnisse hält. Gerade diese Ueberzeugung ins Wanken, dann ist es mit der „Stimmung“ des Volkes am Ende: die Folgen sind schließlich unabsehbar. Das Scheitern manche militärische Stellen immer noch nicht klar zu erkennen. Wenn sie aber aus ihrem gehobenen militärischen Denken nicht herauskommen könnten, dann ist es Aufgabe des verantwortlichen Staatsmannes, ihnen das Verständnis für die große Gefährlichkeit ihrer Handlungsweise nachdrücklich zu öffnen. Und weil sie nicht

glauben kann, daß auf diesem Gebiete alles Nötige mit dem nötigen Eifer geschehen ist, deshalb versagt die Sozialdemokratie dem Etat ihre Zustimmung.

Rechtsstehende Zeitungen haben an diesen Vorgang die Hoffnung geknüpft, nun endlich werde doch wohl der Mehrheitsblock in Trümmer gehen. Diese Hoffnung war eitel. Ueber diese Mehrheitsbildung haben wir wiederholt ausführlich genug berichtet; es genügt daher, wenn wir in diesem Zusammenhang noch einmal ganz kurz daran erinnern, daß ihre tragende Grundlage das Verkenntnis zum Verständigungsfrieden ist, so wie es in der Friedensresolution vom 19. Juli 1917 und in der auf diese Bezug nehmenden Antwort auf die Papstnote vom 1. August 1917 abgelegt wurde. An diesen Sägen hält die Mehrheit des Reichstags unverbrüchlich fest.

Von wie großer Bedeutung das ist, lehren die weitverbreiteten politischen Vorgänge der letzten Tage: der Rücktritt des bisherigen Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes v. Kühlmann und seine angefündigte (inzwischen wohl vollzogene) Ersetzung durch den vor langer Zeit schon in die Diplomatie übergetretenen Admiral v. Sinsge, zuletzt Gesandten in Christiania. Das Ereignis hat im Inland wie im Ausland gleichermaßen großes Aufsehen gemacht und zu endlosen Erörterungen Anlaß gegeben. Wie weit ein häßlicher persönlicher Prozeß, der sich um „Vorgänge unterhalb des Nabels“ dreht, bei der Entlassung des Herrn v. Kühlmann eine Rolle spielt, entzieht sich unserer Beurteilung; angenehm war der Prozeß für einen Mann auf wichtigem politischen Posten, auf keinen Fall, und nur eine Beurteilung der Angelegenheit, die von allem Wenn und Aber frei war, konnte das Weiterwirken des Staatssekretärs ermöglichen. Da wir nicht wissen können, wie es damit bestellt gewesen wäre, so bleibt nichts übrig, als die amtlich gegebene Erklärung anzunehmen, daß Herr v. Kühlmann wegen der Wirkung seiner letzten Reichstagsreden den Abschied erbeten habe. Seine Gegner behaupten, die erste Rede — die im übrigen wirklich nichts enthält, was nicht jeder jeden Tag unterschreiben könnte — habe „niederbehemmend“ die Siegeszuversicht im Lande und an der Front vermindert. Das ist sicher maßlos übertrieben, aber sicher ist, daß die zweite Rede die Gegner nicht milder stimmte und die Freunde wegen ihrer Schlappheit verletzete. War die Lage für den Staatssekretär danach in der Tat nichts weniger als beneidenswert, so bestand doch von Anfang an die Befürchtung, sein rascher Abgang werde als ein Sieg der Vaterlands- und Militärpartei über den Vertreter des Gebantens an einen Verständigungsfrieden angesehen werden und dadurch kriegsverlängernd wirken. Diese Gefahr wurde noch vergrößert, wenn die Auswahl eines Nachfolgers ohne Verständigung mit der Reichstagsmehrheit erfolgte und etwa gar auf einen Mann fiel, der, mit Recht oder Unrecht, als Kandidat der Militärpartei angesehen wurde. Ganz hat diese Gefahr der Reichskanzler nicht zu vermeiden verstanden. Denn, wenn auch die Ankündigung vom Abgang Kühlmanns sofort mit der Bemerkung verknüpft wurde, ein Wechsel des Rufes finde damit nicht statt, und wenn auch Herr v. Sinsge — übrigens in Wahrheit eigentlich ein unbeschriebenes Blatt — zunächst nur „in Aussicht genommen“ und nicht sofort ernannt wurde, so läßt sich doch nicht darüber hinwegkommen, daß sich das alles im Hauptquartier und nicht am Orte der Regierung und der Volksvertretung abgespielt hat.

Ueber den Weitergang dieser für die Frage von Krieg und Frieden sehr bedeutungsvollen Ereignisse müssen wir uns für die nächste Nummer Vorbehalten. Es wird dann auch noch über die im Flugstempel verabschiedeten, allerdings in den Ausschüssen in langer mühsamer Arbeit sorgfältig vorbereiteten, Steuerergänze zu reden sein, die nicht nur dem Volke ungemein große Lasten auferlegen, sondern auch in mehr als einer Beziehung tief in das wirtschaftliche und soziale Leben der Nation eingreifen werden.

## Über Entlassungen in den Berliner Munitionsbetrieben.

waren in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten Feststellungen gemacht worden. Amtlich wird dazu mitgeteilt, daß die von der Berliner Verwaltungstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes festgestellte Tatsache, daß im Juni d. J. 30 000 Arbeitskräfte in der Munitionsindustrie weniger beschäftigt worden seien als zu der gleichen Zeit des vergangenen Jahres, kein Zeugnis für Arbeiterentlassungen oder Betriebseinschränkungen sei. Zunächst käme gegenüber der ungefähr 1 1/2 Millionen der Gesamtbeschäftigten die Zahl von 30 000 Leuten kaum in Frage; dabei seien aber Entlassungen nicht vorgenommen worden, sondern der Rückgang sei darauf zurückzuführen, daß einmal in höherem Maße Entlassungen zum Heeresdienst erfolgt und daß im Frühjahr und Sommer weibliche Arbeitskräfte in größerer Zahl auf das Land abgewandert seien. Auch von einem Verdienstrückgang, von dem ebenfalls die Rede geredet sei, könne man nicht sprechen. In einigen Munitionsfabriken sei nur eine Revision der Auftragslage vorgenommen worden, weil sich herausgestellt habe, daß einige Aufträge Stundenbedienste bis zu 5,40 M. ermöglichten. In dieser Beziehung habe im Einverständnis mit den Arbeitern eine Regulierung der Auftragslage stattgefunden.

So die amtliche Mitteilung. Zu dieser bemerkt Kollege Cohen in Nr. 188 vom 11. Juli folgendes:

Zu dieser aus amtlicher Quelle stammenden Darstellung habe ich zu bemerken, daß sie den Tatsachen nicht entspricht. Die Arbeiterbeschäftigung in der Munitionsindustrie übersteigt noch 30 000, und wenn auch einige tausend Männer eingezogen sind, so ist doch die Tatsache der erheblich zurückgegangenen Beschäftigungszahl wesentlich wieder auf diesen Umstand, noch darauf zurückzuführen, daß weibliche Arbeitskräfte aufs Land abgewandert sind, denn wie ganz positiv festgestellt ist, sind die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht freiwillig ausgetreten, sondern entlassen worden wegen Mangel an Aufträgen. Durch die Feststellung dieser Tatsache fällt die amtliche Darstellung in sich zusammen.

Die Angabe, daß es sich um die Entlassung von 30 000 unter 1 1/2 Millionen handelt, ist auch falsch. Es handelt sich um die Entlassung von 30 000 unter in der Metallindustrie beschäftigten 330 000, also um fast 10 Prozent.

Auch bezüglich der Abzüge steht es nicht so, wie die amtliche Darstellung erscheinen läßt. Vielmehr sind Abzüge erfolgt ohne Rücksicht auf die Höhe der Verdienste für den Gesamtbesitz.

In einer der letzten Sitzungen des Kriegsausschusses für die Metallbetriebe Groß-Berlins ist festgestellt worden, daß in einem großen Betriebe ganz generell alle Auftragslöhne um 15, 20, 25 Prozent und mehr herabgesetzt wurden, und nicht nur die Auftragslöhne, die abnorm hohe Verdienste zuließen.

Inwieweit der letzte Satz der amtlichen Erklärung, daß ein Einverständnis mit den Arbeitern erfolgt ist, zutrifft, kann man daraus ersehen, daß die Arbeiter, die durch Verhandlungen im Betriebe vergeblich versuchten, die sie schädigenden Abzüge abzumenden, sich genötigt sahen, den Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins zur Regelung der Streitigkeiten anzurufen, und hier wurde festgestellt, daß das Verhalten der Firma unzulässig sei. Dieser Beschluß ist im Kriegsausschuß einstimmig gefaßt worden.

Ich muß deshalb meine Ausführungen, die ich in der Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes am 24. Juni machte, vollinhaltlich aufrechterhalten.

Es ist merkwürdig, daß, so oft von Arbeiterseite diesen amtlichen Stellen Informationen werden, man erklärt, man müsse erst noch die andere Seite gehört werden, um sicher zu sein, daß die Information richtig ist. Wenn aber von dieser anderen Seite den amtlichen Stellen Informationen werden, dann wird die Glaubwürdigkeit dieser anderen Seite nicht in Zweifel gezogen, und ohne weiteres auf die von dieser Seite gegebenen Informationen hin Maßnahmen getroffen.

Berlin, den 10. Juli 1918.

Adolf Cohen.

## Aus dem Hilfsdienstausschuß.

In der am 4. Juli abgehaltenen Sitzung teilte das Reichsmarineamt mit, daß eine Verfügung ergangen ist, die den Vertretern der Marineverwaltung verbietet, Abmachungen der Privatunternehmer beizutreten, durch welche Angestellte und Arbeiter in ihrer Freizügigkeit beschränkt werden.

Angenehmer Gehalt berichtet über eine Eingabe des Bundes der technisch-industriellen Beamten, wonach 19 der größten Kriegsbetriebe in Berlin ein Abkommen getroffen haben, demzufolge sie, wenn sie einer aus ihren Betrieben kommenden Beamten einstellen, eine bestimmte Summe in die Kasse des Unternehmerverbandes bezahlen müssen. Ausgenommen sind nur Angestellte, denen gekündigt wurde, oder die vom Schlichtungsausschuß den Abschied erhalten haben. Damit unterbindet man die Freizügigkeit und hindert die Angestellten, durch einen Stellenwechsel ihre Lage zu verbessern. Die Unternehmer bestreiten, daß diese Vereinbarung eine glatte Unterbindung der Freizügigkeit ist, die dem Angestellten die Verbesserung seiner Lage durch Stellenwechsel unmöglich macht. Sie haben dem Kriegsausschuß mitgeteilt, daß die Vereinbarung sich nicht gegen die Angestellten, sondern gegen die Unternehmer richte, die anderen die Beamten fortfordern; sie beziehe sich nur auf Beamte in gehobener Stellung.

Gehemmat Stefahrt teilte dazu mit, daß das Abkommen strafrechtlich nicht zu beanstanden ist, höchstens sei der Weg der Zivilklage möglich. — General Scheuch erklärte, daß die Generalkommandos angewiesen wurden, darauf hinzuwirken, daß solche Abmachungen freiwillig aufgehoben werden, andernfalls sind sie, wenn eine Wehrübung zu beschließen ist, auf Grund des Belagerungsgesetzes zu verbieten. Nach kurzer Aussprache erklärte sich der Ausschuß mit der Stellungnahme des Kriegsausschusses einverstanden.

Für die Werften in besetzten Gebieten hat die Marineverwaltung zwar Angestelltenausschüsse errichtet, hat sich aber das Recht jederzeitiger Auflösung vorbehalten, weil die gegenwärtigen Vorschriften des Hilfsdienstgesetzes außerhalb des Reiches keine Geltung hätten; aus dem gleichen Grunde ist der in Charleville errichtete Schlichtungsausschuß nicht als Schlichtungsstelle eingesetzt worden. Eine Eingabe des Verbandes der Büroangestellten greift diese Maßnahmen an. Die Auffassung des Kriegsausschusses, daß außerhalb Deutschlands die Gewerbeordnung nicht gelte und somit § 11 des Hilfsdienstgesetzes nicht anzuwenden sei, wurde vom Abgeordneten Gehel namentlich mit Hinweis auf § 15 an anderen Orten bekämpft, der keine räumliche Grenze ziehe. Der Ausschuß trat dieser Ansicht bei und überwies diese Eingabe zur Verächtlichung.

Nach einem Erlaß des Kriegsausschusses müssen Unternehmer solchen Hilfsdienstpflichtigen, die ihnen überwiesen werden, deren Einstellung aber abgelehnt wird, das Fahrgehalt und bei einer Entfernung von mindestens 25 Kilometern 3 M. Entschädigung für den Weisefahrt vergüten. Stellt sich innerhalb einer Woche heraus, daß der Hilfsdienstpflichtige die Arbeit nicht leisten kann, dann ist ihm die Weisefahrt zu bezahlen. Hilfsdienstpflichtige, die nach auswärts gesandt werden, sind vorher ärztlich zu untersuchen, wenn sie nicht in den letzten drei Monaten von einem Militärarzt für fähig zum Hilfsdienst erklärt worden sind.

## Gewerbegerichtliches.

**Saftung des Unternehmers für gestohlene Kleidungsstücke des Arbeiter.** In einer größeren Brauerei in Augsburg waren einem Arbeiter aus dem nicht verschließbaren Aufbewahrungsraum Kleider und Schuhe im Werte von 160 M. gestohlen worden. Da im gleichen Betrieb schon vorher Diebstähle von Arbeitskleidern vorgekommen waren, wurde die Betriebsleitung von den Arbeitern wiederholt ersucht, den Aufbewahrungsraum verschließbar zu machen oder den Arbeitern verschließbare Kleidergehänge zur Verfügung zu stellen. Die Direktion kam indessen dem Ansuchen nicht nach, vielmehr begnügte sie sich damit, durch einen Anschlag bekanntzugeben, daß die Firma bei Diebstählen von den Arbeitern gehörigen Gegenständen eine Haftung nicht übernehme. Der bestohlene Arbeiter verlangte nun von der Firma Schadenersatz, wurde aber damit abgewiesen. Das Gewerbegericht, an das er sich nun wandte, entschied nun nach längerer Verhandlung am 12. Juni, daß die beklagte Firma an den Arbeiter 160 M. nebst 4 v. H. Zinsen für die ihm abhandelt gekommenen Kleidungsstücke zu zahlen habe. Das Gericht hielt es für nachgewiesen, daß die Firma wiederholt auf den Mangel des nicht verschließbaren Aufbewahrungsraumes hingewiesen wurde, ohne daß dem Mischstand abgeholfen wurde, obwohl technische Schwierigkeiten nicht bestanden. Der bloße Anschlag mit der Ablehnung der Haftung der Firma für gestohlene Gegenstände der Arbeiter des Betriebes sei ungenügend und enthebt die Firma nicht von der Verpflichtung, Vorkehrungen zu treffen, um Diebstähle hintanzuhalten. Nachdem die Firma trotz Aufforderung das billige und gerechte Verlangen der Arbeiter nicht erfüllt hat, so liege ein Verstoß gegen die im Verkehr erforderliche Sorgfalt vor, zu deren Beobachtung der Arbeitgeber nach § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuches verpflichtet ist.

Die Arbeiter allerorts werden gut tun, sich dieses Urteil zu merken, um so mehr, als schon entgegengesetzte Gewerbegerichtsentscheidungen gefällt worden sind.

**Entlassung und Bestrafung wegen Verweigerung von Sonntagsarbeit.** Eine höchst ansehnliche Entscheidung fällt das Dorf- und Gewerbegericht. Der Arbeiter A. W. klagte gegen die Firma Hösch, Abteilung: Drahtverfeinerung, wegen zu Unrecht abgehaltener Löhne und Entschädigung von 6 Schichten, weil er ohne Hindernis entlassen war. Das Gewerbegericht zu Dortmund unter Vorsitz des Landrichters Hoeger verwarf die Klage und der Kläger mußte noch die Kosten tragen. W. sollte am Sonntag dem 9. Juni arbeiten. Dieses lehnte er ab, weil er an dem Tage wichtige Angelegenheiten erledigen wollte. Der Obermeister erklärte dann: „Wenn Sie nicht arbeiten, werden Sie bestraft.“ W. kam nicht zur Arbeit und was war die Strafe? Die sofortige Entlassung und Einbehaltung von 6 Schichten, gleich 90,10 M.

Auf die eine Sonntagsarbeit des Klägers glaubte der Unternehmer nicht verzichten zu können; bei der Verhandlung jedoch machte es ihm nichts aus, daß ein Meister, ein Obermeister, ein Betriebsvertreter und ein Arbeiter als Zeugen ihre Arbeitszeit veräußerten, ohne daß das Gericht sie geladen hatte. Die verjährtete Zeit wurde doch auf „dem Vaterlande entzogen“, aber kam es bei den genannten Personen nicht darauf an, ob sie arbeiten oder nicht? Weiter muß noch bemerkt werden, daß der entlassene Arbeiter, weil er so, wie eine Arbeitsstelle nicht gleich erhalten konnte, wieder zum Militär eingezogen wurde. Beim Militär hat er sich Orden und Ehrenzeichen erworben, auch wurde er schon wiederholt verwundet.

## Die Kruppische Kranken- und Pensionkasse.

Aus dem Jahresberichte der Betriebskrankenkasse für die Kruppische Gussstahlfabrik in Essen ist zu ersehen, daß die Kruppische Ernährung und die schwere Anspannung infolge des Krieges den Gesundheitszustand der Beschäftigten merklich verschlechtert haben. Die Einnahmen reichten zur Deckung der Ausgaben nicht aus und es entstand ein Fehlbetrag von 975 629,49 M. Die außergewöhnliche Belastung der Kasse wird auf die in großer Zahl zur Einstellung gekommenen Hilfsdienstpflichtigen zurückgeführt, die neben vielen auf der Gussstahlfabrik beschäftigten Kriegsteilnehmern gesundheitliche Schäden in größerem Umfang aufweisen, als dies bei der Stammarbeiterschaft der Fall gewesen ist. Der Jahresbericht schreibt aber auch noch unter den jüngeren Arbeitern, den Arbeiterinnen und ferner unter den

durch das Hilfsdienstgesetz der Gießerei... durch das Hilfsdienstgesetz der Gießerei... durch das Hilfsdienstgesetz der Gießerei...

Zur Deckung der Krankheitsfälle leistete die Firma Krupp einen... Zur Deckung der Krankheitsfälle leistete die Firma Krupp einen... Zur Deckung der Krankheitsfälle leistete die Firma Krupp einen...

Wer sind heute die Besucher von Weinleipen? Unter dieser Epithete... Wer sind heute die Besucher von Weinleipen? Unter dieser Epithete...

Wer sind heute die Besucher von Weinleipen? Unter dieser Epithete... Wer sind heute die Besucher von Weinleipen? Unter dieser Epithete...

Vom Ausland

Die Uhr- und Bijouteriefabrikanten im Jahre 1917. Nach dem... Die Uhr- und Bijouteriefabrikanten im Jahre 1917. Nach dem...

Uhrgehäuse, die der englischen Kontrolle unterstellt wurden; weiter... Uhrgehäuse, die der englischen Kontrolle unterstellt wurden; weiter...

Die Inspektionen in den Uhr- und Bijouteriefabriken haben viel... Die Inspektionen in den Uhr- und Bijouteriefabriken haben viel...

Für Edelmetallabfälle und Schmelzprodukte wurden im ganzen... Für Edelmetallabfälle und Schmelzprodukte wurden im ganzen...

Über die Gefährdung der schweizerischen Uhrenindustrie... Über die Gefährdung der schweizerischen Uhrenindustrie...

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat Juni 1918.

Table with 2 columns: Einnahmen and Ausgaben, listing various locations and amounts for the main fund in June 1918.

Frankfurt a. M. 200, Frankfurt a. M. 200, Frankfurt a. M. 200... Frankfurt a. M. 200, Frankfurt a. M. 200, Frankfurt a. M. 200...

Table showing monthly income and expenses for the main fund in June 1918.

Sterbefälle für Mitglieder der „Allgemeinen Kranken- u. Sterbe-... Sterbefälle für Mitglieder der „Allgemeinen Kranken- u. Sterbe-...

Table showing income and expenses for the main fund in the 2nd quarter of 1918, categorized by type of case.

Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbekasse bestimmten... Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbekasse bestimmten...

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende... (Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende...

Gewindefabrikanten. Ein praktisches Hüfssbuch für Dreher mit... Gewindefabrikanten. Ein praktisches Hüfssbuch für Dreher mit...

Der Weg zur Zeichenkunst. Ein Buchlein für theoretische und... Der Weg zur Zeichenkunst. Ein Buchlein für theoretische und...

Verbands-Anzeigen

Mitgliederveranstaltungen. Samstag, 27. Juli... Mitgliederveranstaltungen. Samstag, 27. Juli...